

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/49. Jahrgang

Januar 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Abwasser wird teurer - trotz Millionen-Gewinnen

Demnächst sollen die Abwassergebühren in Gießen erhöht werden, von bis zu 20% war im Hauptausschuss des Stadtparlaments die Rede. Als Grund werden notwendige Investitionen genannt. Eine Filteranlage zur Phosphatabscheidung, eine vierte Reinigungsstufe zur Beseitigung von Mikroschadstoffen, eine Anlage zur energetischen Verwertung des Klärschlammes sind geplant. Höherer Aufwand, höhere Preise – auf den ersten Blick erscheint das logisch.

Kapitalistische Methoden bei den MWB

Allerdings arbeiten die Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB) seit Jahren mit Gewinnen in Millionenhöhe, die teilweise den Rücklagen zugeführt, teilweise

an die Stadt abgeführt werden. Es ist also genug Geld da, um die anstehenden Investitionen zu bezahlen. Es gibt keinen Grund, das von Bürgern aufgebrauchte Geld über höhere Ge-

Gebühren, anders sind die Gewinne nicht zu erklären. Kommunale Betriebe sollten die für die Grundversorgung notwendigen Leistungen zu kostendeckenden Gebühren erbringen und nicht profitorientiert arbeiten.

Kartellamt wurde ausgetrickt

Die Sammlung und Bearbeitung von Abwasser ist von Natur aus ein Monopolgeschäft, konkurrierende Systeme sind nicht möglich. Von privatrechtlich organisierten Betrieben getätigte Monopolgeschäfte werden vom Kartellamt überwacht, um überhöhte Preise zu verhindern. Gerade beim Abwasser wurden viele Stadtwerke dazu verurteilt, die

Preise zu senken und zu viel kassiertes Geld an die Bürger zurück zu geben. Deswegen wurde in Gießen das Wassergeschäft aus den Stadtwerken ausgegliedert und der kommunale Betrieb MWB gegründet. Damit war das Kartellamt nicht mehr zuständig. Bei kommunalen Betrieben prüfen die Stadtparlamente die

(Fortsetzung Seite 3)



bühren auch noch zu verzinsen. Die MWB nehmen seit Jahren zu hohe

Wer profitiert vom Parkhaus-Verkauf?

Für 750.000 Euro wird das Parkhaus an der Lahnstraße an die Conti Park GmbH aus Berlin verkauft. Das beschlossen SPD, CDU, Grüne, FDP und Freie Wähler in der letzten Sitzung des Stadtparlaments. Zur Begründung wird ein jährliches Defizit von 200.000 € genannt. 1993 war das Parkhaus für 25 Millionen Mark (12,5 Mio. €) gebaut worden. Kritik kam nicht nur von der Fraktion Gießener Linke, die vorrechnete, dass bei einem derzeitigen Wert (Restbuchwert) von 4,8 Millionen € der Verkaufspreis viel zu niedrig ist. Auch der Fahrgastverband Pro Bahn ist gegen den Verkauf und befürchtet drastische Preiserhöhungen fürs Parken. Bei 450 Stellplätzen, die in der Regel gut ausgelastet sind, wäre – falls die Zahlen stimmen – das Defizit mit einer moderaten Preiserhöhung locker zu beheben gewesen. Die Frage nach den wirklichen Gründen scheint berechtigt, zumal die Stadt derzeit keine Geldsorgen sondern Überschüsse hat.

Inhalt:

Straßenbeiträge	S.2
Bürgerbeteiligung/Bevorzugungen	S.3
Rechtsamt/Generalstaatsanwalt+Betrug	S.4
UKGMStreikerfolg/Pflegechaosbericht	S.5
Offizieller Antifaschismus in Gießen	S.6
Mit PESCO wächst die Kriegsgefahr	S.7
Tafel+Heuchler/DKP-Landeskonferenz	S.8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Zweck der Straßenbeiträge: Umverteilung von unten nach oben

In fast allen Städten und Gemeinden gibt es Straßenbeitragssatzungen. Hier wird geregelt, wie viel die jeweiligen Anwohner für die Erneuerung oder Erweiterung von öffentlichen Verkehrsanlagen zu bezahlen haben.

In Gießen sind das z.B. bei Straßen, die überwiegend dem Anwohnerverkehr dienen, 75% der gesamten Kosten. Statt dass diese städtischen Aufgaben aus Steuergeldern bezahlt werden, die wir alle reichlich abführen müssen, werden die Anwohner zusätzlich belastet. Für reine Instandhaltungsmaßnahmen werden keine Beiträge erhoben. Somit ist es nachvollziehbar, wenn Straßen solange verrotten, bis nur noch eine grundlegende Erneuerung möglich ist, bei der die Anwohner zur Kasse gebeten werden können.

Ein Brief zum Thema

Herzlichen Dank für Ihren Bericht zur Bitzenstraße in Lützellinden!

Wir sind ein hessenweites Bündnis von lokalen Bürgerinitiativen und Gruppierungen gegen die sogenannten Straßenausbaubeiträge. Als „Straßenbeitragsfreies Hessen – eine AG hessischer Bürgerinitiativen“ kämpfen wir für die ersatzlose Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Einmalbeiträge von mittlerweile 120.000 € (Fall nahe Fulda), 80.000 € (nahe Bad Hersfeld) oder 60.000 € (nahe Wetzlar und Frankenberg) sind schlichtweg der Ruin für die Betroffenen. Die vom Landtag 2012 ermöglichten „wiederkehrenden“ Straßenausbaubeiträge waren nur als „Lockmittel“ für die Kommunen gedacht, die damals noch keine Beitragssatzung hatten und die dahin getrieben werden sollten. Und die auf Betreiben des hessischen Innenministeriums im KAG §11 erfolgte Änderung von „die Kommunen können Beiträge erheben“ auf „sollen Beiträge erheben“ sorgte dafür, dass die Falle für viele Gemeinden zuschnappte. Wiederkehrende Straßenbeiträge sind definitiv keine Lösung...

Als einer der drei Sprecher von "Straßenbeitragsfreies Hessen - eine AG hessischer Bürgerinitiativen" freut es mich, dass wir eine ähnliche Sichtweise zum Thema haben. Gerne können wir den Gedankenaustausch in der nächsten Zeit fortsetzen.

Andreas Schneider

Die landesweite Kooperation „Straßenbeitragsfreies Hessen“, in der sich Bürgerinitiativen u.a. aus Heuchelheim und Linden zusammengeschlossen haben, fordert die Abschaffung der Straßenbeiträge. In einem offenen Brief an den hessischen Ministerpräsidenten werden die aktuellen Fördergelder für die Instandsetzung der Infrastruktur kritisiert. Einerseits haben die Anwohner nichts davon, da die Zuschüsse nur auf den Anteil der Gemeinden angerechnet werden. Andererseits sind durch die vielen Baumaßnahmen die Preise bereits um ca. 30% gestiegen, der satte Extraprofit wird wieder den kleinen Leuten aus der Tasche gezogen. Zudem werden die Bürger doppelt belastet, da die Fördergelder auch aus den Steuern der Haus- und Grundstückseigentümer finanziert werden. Hinzu kommt auch noch die Grundsteuer B, die auf die Mieter abgewälzt wird. In Gießen nimmt die Stadt seit

der maßlosen Erhöhung von 2014 jährlich fast 18 Millionen Euro ein, ca. 6,5 Millionen mehr als vorher. Wie viel davon wird wohl in den Straßenbau fließen?

Die Umstellung auf „wiederkehrende Straßenbeiträge“ bringt insgesamt keine Verbesserung. Die Kosten einer Straßenerneuerung werden zwar auf mehr Haushalte aufgeteilt, in der Summe werden die Beiträge der Bürger aber nicht weniger.

Die DKP fordert die Abschaffung der Straßenbeitragssatzungen. Es ist eine Methode unter vielen, mit der die „Kleinen“ doppelt und dreifach geschröpft werden, damit das Vermögen und die Profite der „Großen“ weiter anwachsen können. Das Land Hessen muss seiner verfassungsmäßigen Pflicht endlich nachkommen und den Gemeinden die finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen.

Rainer Grabowski



Letzte Meldung

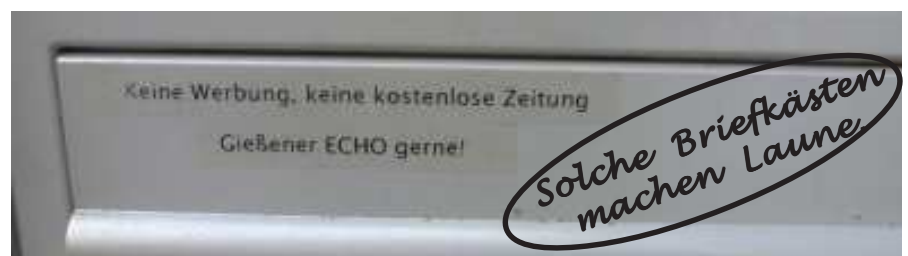
Die CSU will zu Beginn des Jahres 2018 in Bayern die Straßenbeiträge abschaffen, wohl weniger aus Überzeugung, sondern um einem Volksbegehren der Freien Wähler zuvorzukommen. Ist letztlich egal.

Vorm Beschluss 2001: Vor Tische las man's anders

"Haumann machte deutlich, dass es gegen den Widerstand der betroffenen Anlieger und Mieter nicht zu gebührenpflichtigen Baumaßnahmen kommen werde. 'Wenn die Leute lieber noch zehn Jahre mit dem Ist-Zustand leben wollen, ist das dann deren Sache', erklärte der

Bürgermeister. Wie Stadtrat Rausch ergänzte, soll auch ausgeschlossen werden, dass Anwohner für langjährige Versäumnisse der Kommune in Haftung genommen werden können...."

aus: GAZ, 21. November 2001



Bürgerbeteiligung – Peinlichkeiten ohne Ende

Das Gutachten zur Bürgerbeteiligung, das die Stadt von der Uni erstellen ließ, war vernichtend: es sei eine „politische Spielwiese“, die nicht einmal genutzt wurde, kein einziger „Bürgerantrag“ sei in den zweieinhalb Jahren gestellt worden, die Bürger seien weder informiert noch daran interessiert. Das entspricht dem Gießener Echo, das die Satzung schon damals als „faulen Zauber“ und „Sandkastenspiele“ (s. GE 1/15) einschätzte. So weit - so schlecht, hätte das „Gutachten“ nicht auch eine beleidigende Rundumkritik vor allem an der BI Lebenswertes Gießen und fragwürdige Quellenangaben beinhaltet. Es hagelte Protest mit dem Ergebnis, dass der angerufene Ombuds-

mann der Uni dem Evaluationsbericht zwar „Wissenschaftlichkeit“ bescheinigte, aber der Text um sieben (von 65) Seiten gekürzt und die beanstandeten Diffamierungen gestrichen bzw. „geglättet“ wurden.

Eine Erklärung, eine Entschuldigung gab es nicht. Die Veröffentlichung einer Gegenüberstellung des alten und des neuen Textes, bei der die Veränderungen kenntlich gemacht sind, wurde verweigert. OB Grabe-Bolz verwies auf eine diesbezügliche Frage des Stv. Janitzki auf Prof. Hornung: „Ein solches Dokument mit den Änderungen liegt leider nicht vor, da das Gutachten noch mal einen kompletten redaktionellen Prozess durchlaufen hat. Als dessen Ergeb-

nis steht eine neue Fassung, die als solche auch betrachtet werden sollte.“

Zusammengefasst: Die Bürgerbeteiligungssatzung ist ein überflüssiger Kropf, der, wie auch die überflüssige Studie, zudem viel Geld gekostet hat. Der Magistrat ist nicht bereit, seinen Murks einzugestehen; stattdessen sollen die Peinlichkeiten in geübter Manier ausgesessen werden. M.B.

Städtische Bevorzugungen

Nach einem Streit innerhalb der Walldorf-Familie in Gießen wurde offenbar, dass es in den letzten Jahrzehnten bei der Vergabe von Jahrmarktständen zu Bevorzugungen gekommen ist. Dabei steht besonders der ehemalige Leiter der „Gießen-Marketing-GmbH“ (Hauptgesellschafter: Stadt Gießen), Martin, im Mittelpunkt der Kritik.

Unbefangene Beobachter fragen sich, ob es nicht weitere Bevorzugungen in unserer Stadt gibt, z.B. in Richtung „Strandbar“. Der Pächter im Landschaftsschutzgebiet war schließlich einer der Wenigen, die überhaupt das Risiko einer Bewirtschaftung in der Wiesseckau eingehen wollten. Er hatte gute Möglichkeiten seine Bedingungen der Stadt zu diktieren.

Genährt wird der Verdacht durch die Weigerung der Stadt, die Verträge und Zusatzverträge mit dem Gastronomen offen zu legen. In den letzten Jahren sind immer wieder Unregelmäßigkeiten in der Wiesseckau von der Stadt zögerlich aufgegriffen bzw. unbeanstandet geblieben. M. Berger



(Fortsetzung von Seite 1)

Abwasser

Gebühren. Erfahrungsgemäß vertreten die Abgeordneten der jeweiligen Regierungskoalition aber nicht die Interessen der Bürger, sondern die der Stadtkasse.

Gebührensenkung sofort!

In Gießen hat der Stadtverordnete des Wahlbündnisses Gießener Linke, Michael Janitzki, beantragt, den an die Stadt abzuführenden Betrag von 1,8 Millionen Euro um 0,5 Millionen zu kürzen, bekam aber keine Mehrheit. Richtig wäre es aber, gar nichts abzuführen und das zu viel gezahlte Geld durch Gebührensenkung den Bürgern zurück zu geben. Bis jetzt sind die Bürger die Melkkuh, die die systematische Unterfinanzierung der Kommunen ausgleichen muss.

Gernot Linhart



Wessen Interessen vertritt das Rechtsamt?

Der Leiter des Gießener Rechtsamts Dietrich Metz ist ein versierter Mann. Oder nicht?

Alte Post

Er hat qua Amt verkündet, dass eine Enteignung der Alten Post nicht in Frage komme, weil so was noch nie dagewesen und überhaupt ziemlich aussichtslos sei. In diesem Sinne hat die Denkmalschutzbehörde auf einen möglichen Antrag verzichtet. Shobeiri soll stattdessen zur Sanierung „gezwungen“ werden. Doch der hustet ihnen was. Der Sanierungsverfügung hat er wie zu erwarten am Jahresende widersprochen; im Frühjahr wird es möglicherweise einen Prozess geben, der mit allerlei Tricks herausgezögert werden kann. Derweil verfällt das denkmalgeschützte Gebäude, dem Fachleute nur noch ein Jahr geben, bis es nicht mehr zu retten ist.

Verkaufsoffene Sonntage

Die werden für Dietrich Metz in einem wahren „Restriktionsexzess“ mit „Tendenz zur Gesinnungsprüfung“ verhindert. Wo kämen wir denn hin, wenn alle verfassungsmäßigen Rechte, wie das auf einen arbeitsfreien Sonntag, nicht nur verteidigt, sondern strikt eingehalten würden.

Metz möchte pauschal eine bestimmte Zahl von Sonntagsöffnungen pro Jahr festgelegt sehen, die bisher nur in geprüften Einzelfällen während eines "Marktgeschehens" genehmigt wurden. Genau dies würde gegen den gesetzlich verbrieften Sonntagschutz verstoßen und ihn nach beliebiger Ausdehnung langfristig abschaffen. Zum Glück sehen das die Gerichte (zwar mit dem Druck der Kirchen im Hintergrund) zunehmend anders.

Bürgerbegehren Anti-LaGa

Wen wundert es da noch, dass Dietrich Metz den ersten Text für das Bürgerbegehren der BI Stoppt diese Landesgartenschau für wasserdicht und allen juristischen Anforderungen genügend erklärte, nachdem er von den Sprechern um Begutachtung gebeten worden war. Bis das Bürgerbegehren gerichtlich gekippt wurde. Aber das ist mehr der Blauäugigkeit der BI-Vertreter, die ausgerechnet vom städtischen Rechtsamt Unterstützung zu finden hofften, denn Metzens Unvermögen geschuldet.

Der Generalstaatsanwalt zum Sozialleistungsbetrug

Erwartungsgemäß hat auch der Generalstaatsanwalt es abgelehnt, die Anzeige des Hartz-IV-Beziehers, dem die kompletten Heizkosten gestrichen worden waren, wegen Betrug zu verfolgen (vgl. GE 12/17): „Es handele sich um eine rein sozialrechtliche

zutreffende Kriterien. Dennoch soll dies laut Staatsanwalt kein Betrug sein, wobei der Versuch bereits strafbar ist.

Umgekehrt, wenn von „Betrug“ und Hartz IV die Rede ist, geht es meist um „Sozialleistungsbetrug“, d.h.,

wenn ein Leistungsempfänger durch falsche Angaben zu viel bezogen hat, dann muss er nicht nur alles zurückzahlen, sondern wird wegen Betrug verurteilt. Es kommt also immer darauf an, wer der „Betrüger“ und wer der „Betrogene“ ist. Das Jobcenter kann willkürlich gesetzlich vorgeschriebene Zahlungen streichen, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden. Dieser staatliche „Sozialleistungsbetrug“ wird nicht geahndet. Die Ärmsten dagegen werden mit voller Här-



Streitigkeit“, meinte er und verwies überflüssigerweise auf das Sozialgericht (wo die Klage längst eingereicht wurde). Es geht aber um mehr.

Der angezeigte Mitarbeiter hat nicht nur widerrechtlich gehandelt (Heizkosten müssen per Gesetz übernommen werden) und dem Jobcenter damit einen finanziellen Vorteil verschafft, er hat auch den Betroffenen getäuscht, der dies – ohne juristische Fachkenntnisse – für rechtens halten musste. Eigentlich sind das alles

te bestraft.

Gegen die Abweisung der Klage können Rechtsmittel beim Oberlandesgericht eingelegt werden. Das kann sich der Betroffene finanziell nicht mehr leisten.

Dennoch war sein Vorgehen goldrichtig!

Gegen die Unmenschlichkeit des Hartz-IV-Systems muss mit allen Mitteln vorgegangen werden. Leider tun das viel zu wenige.

Erika Beltz



„Schwanen-Alm“ - Abgesang

Ende Februar dieses Jahres bilanzierte Strandbar-Betreiber Trageser, unter dem „Schutzschirm“ der Bürgermeisterin Weigel-Greilich stehend, noch im Gießener Anzeiger: „Die Schwanen-Alm ist sehr gut gelaufen. Das Konzept wurde sehr gut angenommen...“ Und von „ausgebucht“ war die Rede. Dennoch ließ er es offen, ob er noch einmal das benachbarte Biotop in der Wieseckau mit seinen „lukullischen“ Aktivitäten belasten würde. - Nun hat die „Alm mit Blick auf die Berge“ (Facebook-Werbung) klammheimlich das Zeitliche gesegnet. Gut ist es! Die Vogelschar und viele Gießener werden aufatmen! Wann folgt die „Strandbar“ dieser Wohltat? M.B.

Uniklinikum: Erster Streikerfolg

Eine monatlich erscheinende Zeitung kann nicht immer aktuell sein. Kaum war das vorige Gießener Echo im Druck, da kam die Meldung über einen Tarifabschluss am Uniklinikum Gießen-Marburg (UKGM) bei den Verhandlungen um mehr Personal und Gesundheitsschutz für die Beschäftigten. 100 Stellen will die Rhön AG neu schaffen und besetzen, Vertretungen bei Krankheit oder sonstigen Fehlzeiten sollen besser geregelt werden und es soll keine weiteren Ausgliederungen von Tätigkeitsbereichen geben. Das ist ein Erfolg, der aber bei weitem nicht ausreicht. Bei 7000 Beschäftigten im nichtärztlichen Bereich kommt dann eine Neueinstellung auf 70 Kolleginnen oder Kollegen – eine deutliche Entlastung ist damit nicht möglich. Da muss bald mehr kommen.

Immerhin hat die Geschäftsführung mit diesem Abschluss wenigstens anerkannt, dass es tatsächlich ein Problem mit zu wenig Personal gibt, bis jetzt hatte sie das immer als eine Erfindung von Betriebsrat und der Gewerkschaft ver.di abgetan. Solange das UKGM von der profitorientierten Rhön AG betrieben wird, bleibt aber ein Problem: Die von den Krankenkassen für die Behandlung der Patienten bezahlten Fallpauschalen sind eigentlich nur für die reine Krankenbehandlung berechnet. Jeder Euro, der für Profit, Investitionen, Zinsen und Tilgung abgezweigt wird, muss vom Personal mit Mehrarbeit erwirtschaftet werden oder wird den Patienten bei der Behandlung vorenthalten. Kliniken gehören nicht in die Hand profitorientierter Unternehmen.
Gernot Linhart



news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
 DKP-Gießen auch bei facebook

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
 Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
 info@unsere-zeit.de

Pflegechaos am UKGM - aktueller Bericht eines Patienten

Im Dezember konnte ich die Folgen des Personalmangels an der privatisierten Gießener Uniklinik selbst erfahren: Um 8.15 Uhr bekam ich ein Bett zugeteilt mit der Bitte, dies unberührt zu lassen, da ich entweder vor oder nach der bevorstehenden OP in ein anderes Zimmer käme. Nach zweieinhalb Stunden Wartezeit wurde ich um 10.50 Uhr aufgefordert, sofort mein OP-Hemd (Thrombose-Strümpfe gab es keine) anzuziehen, Tablette und Zäpfchen zu mir zu nehmen und zur Toilette zu gehen. Dafür hatte ich genau 10 Minuten. Um 15.15 Uhr kam ich dann in meinem endgültigen Zimmer wieder zu mir und durfte, gerade operiert und geschwächt, alleine meine Sachen auspacken. Nach einem andauernden Geklingel nach der Nachtschwester - nur eine für 26 meist frisch operierte Patienten - hatte ich eine ruhige Nacht bis um 7.20 Uhr, obwohl um 6.30 Uhr ge-

weckt werden sollte. Das wäre eigentlich egal, wenn ich nicht um 7.45 Uhr zur Nachuntersuchung im Arztzimmer hätte erscheinen müssen: also ohne Frühstück und Dusche eine Etage tiefer und dort erst mal warten. Visite am Krankenbett, wie ich es kannte, gab es nicht. Zurück in meinem Zimmer wurde gerade gereinigt, d.h. Fußboden und Waschbecken feucht gewischt; die Dusche, unter der ich gerade stand, blieb auch später unberührt und die Betten wurden

nicht gemacht. Am nächsten, meinem Entlassungstag blieb mir wenigstens Zeit fürs Frühstück, bevor ich wieder um 7.45 Uhr zur abschließenden Untersuchungen im Arztzimmer erscheinen sollte. Und das zog sich hin. Nachdem ich um 9.30 Uhr immer noch im Wartezimmer saß, sah ich zwischenzeitlich in meinem Zimmer nach, wo ich unwirsch aufgefordert wurde, endlich meine Sachen zusammenzuräumen. Ich tat es schnell. Bereits vor meiner endgültigen Entlassung um 10.15 Uhr und bevor ich mein Zimmer ordnungsgemäß verlassen konnte, war mein Bett bereits mit einem neuen – noch munteren – Patienten belegt. Abschließend: die medizinischen Leistungen hervorragend, das Krankenpersonal trotz Stress freundlich, aber die Organisation miserabel. (Name ist der Redaktion bekannt)



Wie glaubwürdig ist der offizielle Antifaschismus in Gießen?

Im Jahre 2007 hatte die Linksfraktion beantragt, eine Straße nach der Gießener Widerstandskämpferin Ria Deeg zu benennen, was – rein formal – abgelehnt wurde, weil nach dem Todestag mindestens zehn Jahre vergangen sein müssen. Eine Würdigung Ria Deegs, der bis in die Reihen der CDU hinein (insbesondere auch von OB Haumann) Anerkennung gezollt wurde, wurde mit keinem Wort in Frage gestellt.

Im März 2015 hatte die Gießener Linke nun beantragt, Ria Deeg mit einer weiteren Stele in der Plockstraße, im Rahmen der „Gießener Köpfe“ von verdienten Antifaschistinnen, zu ehren. Wiederum wurde der Antrag mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt und an eine Kommission verwiesen, die erst einmal eine Konzeption entwickeln sollte...

Um die offensichtlich unerwünschte Ehrung zu verhindern, beschloss der Magistrat kurz darauf, den Zeitraum, nach dem Auszeichnungen vorgenom-

men werden können, von bisher zehn auf 20 (!) Jahre zu verlängern – ohne Zweifel eine Lex Ria Deeg. Sie ist am 13.8.2000 verstorben und bis 2020 kann viel passieren, so das Kalkül.

Es ist der FDP-Stadtverordneten Giorgis zu verdanken, dass sie nun in einer Anfrage nach fast drei Jahren Auskunft über den Stand der Dinge bezüglich der „Gießener Köpfe“ verlangte, für die bereits Haushaltsmittel bereitgestellt worden waren. Und siehe da: nichts ist geschehen: „*Der Beirat konnte aus diesem Grund (wegen anderer Prioritäten) noch nicht einberufen werden.*“ Und auf die Frage, welche weiteren Persönlichkeiten angedacht seien bzw. feststehen: „*Da der Beirat noch nicht tagte, konnten auch noch keine inhaltlichen Setzungen beschlossen werden.*“

Es ist zu befürchten, dass weitere Manöver eine Ehrung verhindern sollen. Ria Deeg ist die bedeutendste Gießener Widerstandskämpferin. Sie hat unter Lebensgefahr Flugblätter

gegen das verbrecherische Nazi-System hergestellt und verbreitet, hat dafür Jahre im Zuchthaus gesessen und war auch danach den Schikanen und der Willkür der Gestapo ausgesetzt. Sie hat nach dem Krieg jahrelang in Gießen die Betreuungsstelle für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte geleitet. 1987 wurde sie in einer eigenen Feierstunde im Stadtverordneten-Sitzungssaal mit der Goldenen Ehrennadel der Stadt Gießen ausgezeichnet. Nachdem es zunehmend auf allen Ebenen opportun wird, mit ausgewiesenen Faschisten zusammenzuarbeiten, wie in der Ukraine, in Ungarn und den baltischen Staaten, muss die Ehrung von Antifaschisten vermieden werden. Das wirft auch ein Licht auf die Glaubwürdigkeit mancher offizieller Gedenkreden zur Reichspogromnacht und zum Gedenken an die NS-Opfer, wenn gleichzeitig eine Ehrung der entschiedensten Gegner des Faschismus hintertrieben wird.

Michael Beltz



Stadtparlament beschließt Materialien mit Hinweisen auf antifaschistische Gedenkstätten

Das Gedenken und Erinnern aller Verfolgten des Naziregimes ist wichtig - vor allem in einer Zeit, in der wieder Menschen u.a. aufgrund ihrer Hautfarbe oder Herkunft verfolgt und auch misshandelt werden und rassistische Äußerungen salonfähig werden. Martina Lennartz (Stadtverordnete der Gießener Linke, DKP) hat einen Antrag zum Erstellen von Faltpblättern, in denen die 154 Stolpersteine und ihre Verlegeorte sowie aller weiteren Gedenkstätten, traditionellen Gedenktage und Hinweistafeln zu den Verfolgten des Faschismus aufgeführt werden, gestellt. Er wurde einstimmig angenommen. Diese Faltpblätter sollen im Rathaus, beim Stadt- und Informationsbüro und weiteren geeigneten Stellen ausliegen. Diese Informationen werden auch online zugänglich und nach Möglichkeit auch Bestandteil der Stadtführungen sein.

M.L.

Johannes Groß, Chefredakteur von "Capital"

"Nach dem Scheitern des Kommunismus und der anscheinend wachsenden Funktionsschwäche der traditionellen Demokratien bleibt der Faschismus eine Möglichkeit der Politik... er wird nicht antisemitisch sein und nicht von der Überlegenheit einer Rasse schwärmen, sondern umgekehrt, die Talente verschiedener Zivilisationen nutzen."

(aus: UZ, 8.3.1996)

Peter Gingold, antifaschistischer Widerstandskämpfer:

„1933 wäre verhindert worden, wenn alle Gegner der Nazis ...gemeinsam gehandelt hätten. Dass dieses gemeinsame Handeln nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner ...nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet. ...Aber heute haben wir alle diese Erfahrung. ... Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern!“

Mit PESCO wächst die Kriegsgefahr!

Keine Aufrüstung im Namen der friedliebenden Völker! Die EU-Militarisierung stoppen! Erklärung der Kommunistischen und Arbeiterparteien aus den europäischen Ländern, die zu PESCO gehören

Die unterzeichnenden Kommunistischen und Arbeiterparteien verurteilen die „Ständige strukturierte Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit“ (PESCO) als einen Akt der aggressiven Aufrüstung.

Das imperialistische Deutschland wird dabei ab Dezember die Führung über die 23 teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten übernehmen. Verteidigungsministerin Von der Leyen möchte ganz offen eine „Armee der Europäer“ aufbauen und bestätigt in diesem Zusammenhang, dass einer der Grundgedanken der Europäischen Gemeinschaft ein gemeinsames Militär gewesen sei. Bislang wurde uns die europäische Einigung gern als Friedensprojekt verkauft.

Mit PESCO wächst die Kriegsgefahr. Wir sind gegen das Ziel der EU-

Kommission, die „strategische Autonomie“ zur Kriegführung. Das bedeutet, die EU will mit PESCO künftig auch unabhängig von den USA und der NATO in der Lage sein, Kriege zu führen. Neben der Verpflichtung zur Aufrüstung fordert PESCO von den Mitgliedstaaten substantielle Beiträge zu künftigen EU-Interventionen, also zu Kriegen. Die Staaten verpflichten sich nicht nur zu einer Erhöhung ihrer Militärausgaben, sondern auch zur Beteiligung an gemeinsamen Rüstungsprojekten sowie zur Bereitstellung von Soldaten für die „EU-Battlegroups“.

Geld sollte für soziale Aufgaben ausgegeben werden. Jeder Euro, der der Aufrüstung dient, wird den Rentnerinnen und Rentnern, den Studierenden für ihre Ausbildung, den Kindern in

Schulen und Tagesstätten, den Familien beim Lebensunterhalt und den Kranken für eine gute Behandlung fehlen.

Wir Kommunistinnen und Kommunisten fordern die Auflösung der NATO und den Stopp der EU-Militarisierung und rufen zum Widerstand gegen imperialistische Kriege auf!



Grafik von Robert Weber



Unterzeichnende Parteien:

Kommunistische Partei Brüssel/Wallonien, Partei der Arbeit Belgiens, Deutsche Kommunistische Partei, KP Finnlands, KP Luxemburgs, Neue KP der Niederlande, Partei der Arbeit Österreichs, Kommunistische Partei Polens, Portugiesische Kommunistische Partei, Rumänische Kommunistische Partei, KP der Völker Spaniens, Union des Volks von Galizien, Kommunisten Kataloniens, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens, AKEL (Zypern)



www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Ein Schreiben ans Echo zur Veröffentlichung:

Amnesty International - Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Zinnowitzer Straße 8, 10115 Berlin
Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit kündige ich meine Mitgliedschaft bei Amnesty International.

Mit sofortiger Wirkung.

Begründung:

Sie betreiben Hetze gegen die syrische Regierung, indem Sie sie mit Giftgaseinsätzen in Verbindung bringen. Das ist nur eine Vermutung und durch nichts bewiesen.

Damit fördern Sie Hass gegen die völkerrechtlich legitimierte syrische Regierung und sorgen für Kriegsbereitschaft bei der deutschen Bevölkerung und für mehr Leid in der syrischen Bevölkerung und für noch mehr Flüchtlinge. (Quelle: „Amnesty Journal“ 12/17 und 1/18, Seite 8, 1. Absatz)

Auch widerrufe ich hiermit die Erlaubnis, von meinem Bankkonto abzubuchen. Ich bin entsetzt.

Hochachtungsvoll

Alswede

**Redaktionsschluss für
Februar-Echo: Mi., 24. Jan.**

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Die Tafeln boomen – die Heuchler auch

Gerade in der Vorweihnachtszeit priesen die Medien die segensreiche Einrichtung, wie der Hersfelder Pfarrer Jens Haupt, der in der Hessenschau die Tafeln als „den Kitt der Gesellschaft“ bezeichnete, ohne den es nicht gehen wird: „Da kann man nach Politik schreien, da kann man nach Verbesserungen im sozialen Bereich schreien. Das wird wahrscheinlich immer so bleiben, dass wir uns um Menschen kümmern müssen, die durch dieses Netz fallen.“

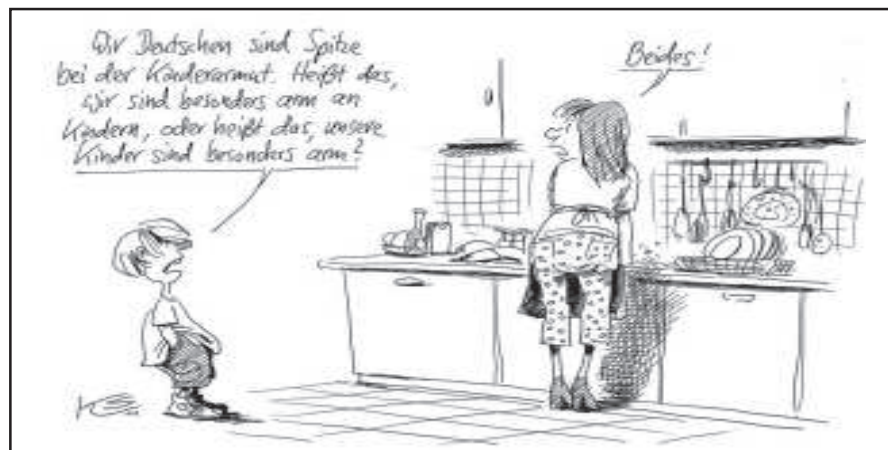
Er macht es sich leicht, der Gottesmann. Er sollte wissen, dass es früher keine Tafeln gab, die gibt es erst seit 1993. Er sollte auch wissen, dass Armut kein Naturgesetz ist, sondern von Menschen gemacht, die den Armen nehmen, um den Reichen geben zu können.

Als die DDR noch existierte, musste die BRD als Schaufenster des Westens sich das soziale Mäntelchen umhängen, um in der Konkurrenz der Systeme nicht doof auszusehen.

Kaum war die DDR besiegt, war Schluss mit dem Sozialklimbim (Kohl). Schröder (SPD) beschloss zusammen mit den Grünen die Agenda 2010, den Grundstein der heutigen Armut: Hartz IV und Absenkung der Renten von früher 70% auf heute unter 50% des Lohnes.

Inzwischen müssen eine halbe Million Rentner von der Grundsicherung leben (das ist Hartz-IV-Niveau). Insgesamt werden derzeit 1,5 Millionen Menschen von den Tafeln mit Lebensmitteln versorgt. Darunter immer mehr Rentner. Ihr Anteil an den Tafel-Besuchern, etwa 350.000, hat sich in den letzten 10 Jahren verdoppelt.

Das darf nicht immer so bleiben, wie der Herr Pfarrer meint. Schreien allein reicht auch nicht, da hat er recht. Notwendig sind: Information und Wissen sowie Solidarität und Entschlossenheit im Kampf gegen dieses asoziale Unrechtssystem. Erika Beltz



Landeskonzferenz der DKP Hessen

Am 9. 12. fand in Gießen die Delegiertenversammlung der DKP Hessen statt. Axel Koppey, alter und neuer hessischer Vorsitzender, konnte in seinem Referat auf eine erfolgreiche Politik verweisen, die in den Auseinandersetzungen auf Seiten der arbeitenden Menschen und der Erwerbslosen solidarisch Unterstützung geleistet hat. Bei den Kommunalwahlen 2016 ist es der DKP gelungen ihre Mandate mit eigenen Listen oder in Wahlbündnissen zu verteidigen und auszubauen und auch die Beteiligung bei den Bundestagswahlen führte – ohne Illusionen über das Wahlergebnis – zu neuem Schwung und einer gesteigerten Aktivität. Bezüglich der anstehenden Landtagswahlen beschloss die Konferenz, dass die DKP eigenständig in den Wahlkampf eingreifen, aber auch ihre Gespräche mit der Partei die Linke auf Landesebene fortsetzen wird. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Gerd Schulmeyer aus Mörfelden wieder gewählt; aus Gießen werden dem Vorstand Erika und Michael Beltz wieder sowie Rainer Grabowski neu angehören. Als weitere Delegierte zum DKP-Parteitag im März wurde aus Gießen Martina Lennartz gewählt.

2018: Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN:
DE75 51350025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

Widerstand gegen Hartz IV montags 18 - 19 Uhr, bei den 3 Schwätzern

Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 14. Januar

in Berlin, um 10 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

...Eine atomare Katastrophe ist wieder denkbar... Diejenigen, die aus Profitgründen die Welt ins Chaos stürzen, quatschen demagogisch von den Werten, die "wir - der Westen - uns nicht nehmen lassen". Ist Ausbeutung ein Wert? Sozialabbau ein Wert? Flächendeckende Überwachung ein Wert? Sind Asylpakete und Abschiebungen ein Wert? Ist Kapitalismus eine Wertegemeinschaft auch für die, die ihre Arbeitskraft zunehmend unter Wert verkaufen müssen? Und wie sollen wir die beinahe weltweiten Faschisierungstendenzen bewerten? Vor 99 Jahren wurden Rosa Luxemburg, Karl Liebkecht und viele ihrer Weggefährten für ihre Standhaftigkeit gegen Ausbeutung und Krieg von der Reaktion ermordet. Demonstrieren wir - Linke verschiedener Strömungen - am 14. Januar 2018 in ihrem Geiste friedlich für die Solidarität unter den Ausgebeuteten, wo immer sie geboren sind. Demonstrieren wir gegen Kriege und gegen Faschismus - für eine sozial gerechte, solidarische, von Ausbeutung und Unterdrückung befreite Welt. - Trotz alledem!

<http://www.ll-demo.de/>

Weitere Informationen, Mitfahrgelegenheit etc. über die Echo-Redaktion